

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Geb. Umfeld, Dresden
und Köhlerische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffverteilung: Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kondensatzzeile 30 Pf., die 90 mm breite Stellanzzeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 164

Dresden, Sonnabend den 17. Juli 1926

37. Jahrg.

Um das Reichsbanner

Angeregt durch das unrepublikanische Verhalten des Zentrums und der Demokraten beim Abstimmungsantrag gegen die Reichsbanner, brachten in den letzten Wochen einige Parteiblätter Betrachtungen über die Zukunft des Reichsbanners. Die reaktionäre Presse bemüht sich, daraus so etwas wie eine „Krise im Reichsbanner“ zu konstruieren. Man könnte man darüber hinweggehen mit dem einfachen Hinweis darauf, daß die Gegenfrage im Reichsbanner auf keinen Fall größer ist als die im vaterländischen Lager, wo ein Krach den andern ablöst, und zwar mit Demonstrationen, die mit der Zeit stärker statt schwächer werden. Aber mit solchem billigen Troste kommt die deutsche republikanische Bewegung nicht um die Tatsache herum, daß sich, namentlich in letzter Zeit, im Reichsbanner manche Gegenstände angehäuft haben. Wir sehen ab davon, das im einzelnen zu illustrieren, und begnügen uns heute damit, Kenntnis zu geben von einer Veröffentlichung im Berliner Tageblatt. Wie wir bereits berichteten, gärt es in den Kreisen des Jungzentrums, namentlich unter der Anführerschaft der Berliner Bändhüter, die sich schon beim Volksentscheid öffentlich gegen die Parole der Bischöfe und der Zentrumswahl genandt haben. Die Großkopisten des deutschen Katholizismus führen gegen diese Rebellion bereits schweres Geschütz auf, und ein Gewährsmann des Berliner Tageblattes glaubt vor den Gefahren warnen zu müssen, die dem Reichsbanner daraus erwachsen könnten, denn wie die Andeutungen der katholischen Presse betonen, würden jetzt die Feinde der katholischen Jugendbewegung verhasst, diese Jugend aus überparteilichen und interkonfessionellen Vereinen herauszuholen. Der Gewährsmann des Berliner Tageblattes schreibt dazu:

Ein besonderer Dorn im Auge ist bestimmten Kreisen schon seit längerem die Beteiligung junger Katholiken im Reichsbanner. Erst kürzlich schrieb die Germania, man müsse die katholische Jugend vor den schädlichen sozialistischen Einflüssen im Reichsbanner warnen. Vor längerer Zeit wurde von Vertretern des Zentrums der Versuch gemacht, durch eine an erlassende Grundgesetz die katholische Jugend vor dem Eintritt in das Reichsbanner zu warnen. Dank dem entschiedenen Eintreten prominenter katholischer Parlamentarier ist damals dieser Schritt verhindert worden. Er wird jetzt in irgendeiner Form wiederholt werden. Man wird den schon einmal diskutierten Plan einer Gründung von Jungzentrumsamerikas in der Provinz wieder aufnehmen und durchzuführen versuchen. Alle diese Pläne und Erwägungen fordern die ernste Aufmerksamkeit aller Demokraten und Republikaner, insbesondere aber der Leitung des Reichsbanners. Vor allem die sozialistischen Führer und Unterführer bis hinunter in die kleinsten Ortsgruppen müssen sich darüber klar werden, mit welchen großen Schwierigkeiten die katholischen Reichsbannerkameraden in der nächsten Zeit zu rechnen haben werden. Entsetzte Pflicht gegenüber dieser gewichtigen Lebensfrage der Verfassung und der deutschen Republik muß es daher sein, alles Provokatorische zu vermeiden, was das religiöse und politische Empfinden der katholischen Reichsbannerkameraden irgendwie verletzen könnte. Entschleunigen könnten gerade im jetzigen Moment zu den schwersten Komplikationen und zur Gefährdung der überparteilichen Einigkeit führen.

Das Berliner Tageblatt erklärt dazu leider nicht, was es unter solchen „Entgleisungen“ oder „Provokationen“ verstehen würde. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsbanners werden also mit solchen Redensarten nicht viel anfangen können. Wir nehmen an, daß religiöse Auffassungen im Reichsbanner nirgends eine Rolle spielen, aber um klare politische Parolen und politische Richtlinien kommt eine Propagandaorganisation nicht herum. Wir hoffen, daß das von den zwei andern Parteien eingeschlagen wird. Sollte verschiedene Reuten um Witz und Witz die Haltung des Reichsbanners bei verschiedenen republikanischen Kämpfen und Demonstrationen der letzten Zeit zu entscheiden gewesen sein, so möchten wir umgekehrt betonen, daß sehr vielen Sozialdemokraten manche Aktionen des Reichsbanners nicht unentschieden genug waren, und wenn es eine Krise im Reichsbanner gibt, so hat sie ihre Wurzeln in der schwächlichen Haltung, die die demokratische und die Zentrumspartei in der letzten Zeit besonders ausgesprochen.

Wir greifen nur zwei große politische Entscheidungen, die das Reichsbanner in eine unklare Lage brachten, heraus. Bei der Reichspräsidentenwahl fehlte das Zentrum als Sammelpunkt der republikanischen Parteien den Reich, Waid- und Wiesenerpublikaner Marx durch, für den zu hüten selbst manchen Lichtern abwichenden Sozialdemokraten schwer wurde und der sich jüngst als Reichsführer in der Frage des Hindenburg-Briefes von seiner eigenen Partei einer ungenügenden Schwäche zeigen lassen mußte. Und im schwersten Kampfe, den das deutsche Volk gegen den Monarchismus seit 1918 je durchzuführen hatte, dem Volksentscheid, begnügten sich die Demokraten mit Freigabe der Abstimmung, während sich das Zentrum gar auf die Seite der reaktionären Parteien stellte und die Enthaltung proklamierte. Es zweifelt wohl heute niemand mehr daran, daß die 19 1/2 Millionen Stimmen aufgebracht worden wären, wenn sich Zentrum und Demokraten derart entschieden für die Sache des Volkes und der Republik eingesetzt hätten wie die Sozialisten!

Die Zukunft des Reichsbanners, die Frage, ob die Anhänger der drei Parteien weiter wie bisher die republikanische Schutz- und Werbetruppe des deutschen Volkes sein können, hängt ab von der Politik der andern zwei republikanischen Parteien. Zentrum und Demokraten vermochten im Reichstag kein Abstimmungsgebot durchzuführen, das sich vor dem Volke sehen lassen kann, aber sie halfen rasch vor Beginn der Reaktion die Felle zu erheben und dem deutschen Volke den Dissen vor dem Munde zu verteuern. Geht die Politik der zwei bürgerlichen Mittelparteien in der hier gekennzeichneten Richtung weiter, bringen sie schließlich nicht jenes Maß republikanisch-demokratischer Entscheidungsfähigkeit auf, ohne das in Deutschland für den republikanischen Gedanken keinerlei Erfolge zu erzielen sind, so steht das Reichsbanner allerdings vor der Gefahr des Auseinanderbrechens. Es hat keinen Sinn, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen, sondern gerade wer da anerkennt, welche notwendige freiheitliche Propagandaarbeit von der Bewegung Schwarz-Rot-Gold geleistet wurde, wer nicht will, daß diese Schutztruppe der Republik einer fruchtlosen Vanheit verfallt, muß angesichts dieser Politik der zwei andern Parteien aussprechen, was ist. Und wenn demokratische Wähler uns raten, das politische Empfinden der nichtsozialistischen Reichsbannerangehörigen zu schonen, so möchten wir hiermit gesagt haben, daß auch wir schließlich nicht aus Furcht sind und ernsthaft republikanische Entschlüsse respektiert wissen möchten. Vielleicht denkt man auf der andern Seite auch einmal darüber nach, ob der politische Einfluß, den die beiden Mittelparteien im Reichsbanner beanspruchen, nicht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer Reichsbannermitglieder steht. Und das ist ja schließlich, wie man uns hoffentlich ohne langen Streit anzusehen wird, nicht ganz gleichgültig.

Aber ob sich die Gegenfrage im Reichsbanner verschärfen oder nicht, eines ist sicher: die republikanische Bewegung

geht weiter, und der beste Schutz der Republik wäre eine entschiedene Reformpolitik der republikanischen Parteien. Wenn jedoch gewisse Zentrumsfreie und gewisse Allertagsdemokraten glauben, die Parteilichkeit der deutschen Politik auch zum Grundgesetz der republikanischen Bewegung machen zu können, so könnte es sein, daß diese eines Tages über die Reichen solcher Leute oder die Trümmer solcher Parteien hinwegschauen.

Wir möchten, der Volksentscheid hätte denen, die es angeht, allerhand wichtige Aufschlüsse hinterlassen!

Bayern provoziert das Reich Es sabotiert die Feme-Untersuchung

Auf den Beschluß des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Feme mörder, im Laufe des Monats Oktober eine Reihe von Sitzungen in München abzuhalten, hat die bayerische Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Held zunächst mit der Injizierung einer Pressehebe gegen den Reichstag geantwortet. Trotzdem dieser Beschluß bekanntlich von einer bürgerlichen Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gefolgt worden ist, hat man die Gelegenheit zu einer verlogenen Rede gegen die sozialdemokratischen Mitglieder und vor allem Tingen gegen den Abgeordneten Levi benutzt, der durch das Studium der Akten feststellen konnte, daß Schweifhardt, der Mörder Gareis, mit aktiver Unterstützung des damaligen Polizeipräsidenten Böhrer und des jetzigen bayerischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fried seine Morde hat durchführen können. Nun geht sogar die bayerische Regierung zur offenen Sabotage über. Das bayerische Justizministerium hat am 11. Juni folgende Verfügung erlassen:

Nr. 30 081. München, 11. Juni 1926.
B. Staatsministerium der Justiz.
An die Herren Präsidenten des Oberlandesgerichts, Schriftf. Untersuchungsbehörden. Wenn ein auf Grund des § 52 der Verfassungsurkunde des Reichstages Bayern oder auf Grund des Artikels 34 der Verfassung des Deutschen Reiches eingeleitet

Die schmachvolle Zensur

Durch das Verbot des Potemkin-Films ist der Kampf um die Zensurfreiheit auf der ganzen Linie entbrannt. Und dieser Kampf wird nicht eher beendet werden, als bis das skandalöse Verbot wieder rückgängig gemacht worden ist und nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes die Freiheit für wirkliche künstlerische Filme gesichert ist. Das scheint auch die Meistpresse zu fühlen. Die Tägliche Rundschau z. B. veröffentlicht eine spaltenlange Schimpfkanonade gegen diejenigen, die es für notwendig halten, entsprechend dem Grundgedanken kürzer Verfassung, wonach Propaganda in Wort, Schrift und Bild jedem Deutschen freisteht, gegen die unerhörte, nur aus parteipolitischen Erwägungen verhängte Vergewaltigung des Rechts zu protestieren. Gerade der Potemkin-Film ist ein ungewöhnliches und aus dem üblichen Reiz herausfallendes künstlerisches Meisterwerk, ist so sehr ein „menschliches Dokument“, daß in diesem Kampf alle zusammenstehen werden, die begreifen, daß

die Freiheit der Geistesbetätigung die Grundlage aller menschlichen Kultur und staatlichen Entwicklung sein muß. In dem fanatischen Kampfe der Rechten gegen diesen Film passiert ihnen das Mißgeschick, daß sie aus dem amtlichen Protokoll über die Verhandlungen der Filmoberprüfstelle auch diejenigen Stellen wiedergeben, in denen mitgeteilt wird, daß dieser angeblich edel bolschewistische Film ausgerechnet in Rußland nur mit größter Vorsicht behandelt wird. Die Tägliche Rundschau schreibt:

Außerordentlich bezeichnend ist es, daß man den Film in Rußland selbst mit großer Vorsicht behandelt. So hat der Vertreter des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung in den Verhandlungen mitgeteilt, daß der Film in Rußland selbst nur in ganz beschränktem Maße zur Verwendung gelangt. Zum ersten Male ist er am 15. Juni 1926 in der Altheimia angezeigt worden. Wie diese Zeitung berichtet, hat er bisher

in der Sowjet-Ukraine keine Zulassung gefunden. Der Vertreter des Reichskommissars bemerkte hierzu, diese Tatsache sei offenbar darauf zurückzuführen, daß die russische Regierung mit Rücksicht auf die politischen Schwierigkeiten, besonders in Armer und Platte, es nicht für angezeigt hält, solche aufreizende Darstellungen vorzuführen. Auch der Sonderbeauftragte des Reichswehrministeriums hat auf diesen auffälligen Umstand hingewiesen. Der Potemkin-Film ist jetzt zur Vorführung im zweiten russischen Kinostheater in Moskau zugelassen worden. Das sei im Zusammenhang mit dem jüngsten Pressenaufbruch über Unruhen und Weiterentwicklung innerhalb der Roten Armee ein öffentlicher Beweis dafür, daß man in Rußland Bedenken trage, diesen Film den eigenen Meer- und Marineangehörigen vorzuführen.

Wenn diese Angaben über die Haltung der bolschewistischen Behörden zutreffen, so brauchte man sich darüber nicht zu wundern. Der Potemkin-Film ist nicht umsonst die Schilderung einer Episode aus dem

großen Befreiungskampfe des russischen Volkes gegen barbarische Unterdrückungsmethoden.

Er schildert den Triumph menschlichen Freiheitswillens und drüberlichen Zusammenstehens gegen brutale Gewalt. Daß ausgerechnet den jetzigen Sowjetdiktatoren in ihrem eigenen Lande eine solche Propaganda nicht angenehm ist, das kann man sich vorstellen. Um so lächerlicher ist die dauernde Verhinderung der Meistpresse, daß diese künstlerische Darstellung des russischen Freiheitskampfes für Deutschland gefährlich werden könne.

Zu überlegen handelt es sich gar nicht allein um den Potemkin-Film. Es handelt sich hier um den Kampf um ein Prinzip. Was heute dem Potemkin-Film passiert, kann morgen und soll morgen jedem andern Film passieren, der nach der Auffassung irgendwelcher Oberregierungsrate oder reaktionärer Parteiführer unerwünscht ist. Die Grundlage unseres staatlichen Lebens ist der freie Kampf der Meinungen. Wenn die Reaktionäre glauben, daß der Potemkin-Film verderblich wirkt, dann steht es ihnen frei, einen viel besseren, einen viel wertvolleren Film mit geschichtlichen Darstellungen aus der Zeit, die ihnen lieb ist, herauszubringen. Das Leben Wilhelm II. bis zu den Tagen in Doorn hätte da wohl Stoff genug. ... Das Schlimme ist nur, daß die Herrschaften dazu zu dum und zu unfähig sind. Ihre Friedrichs-Filme beweisen das schon. Sie wissen ganz genau, daß um ihre Verherrlichung der wilhelminischen Zeit sich kein Mensch kümmern würde. Doch die Freiheit zu solchem Tun soll ihnen nicht genommen werden. Dafür aber soll die Freiheit für künstlerische Lichtbilddarstellungen gesichert sein — für alle!
Es darf nicht eher Ruhe geben, als bis das Verbot des Potemkin-Films wieder aufgehoben worden ist.

Der Protest gegen Vergewaltigung

Der Schriftsteller Julius Bahns hat auf Grund der Entscheidung der Oberprüfstelle über den Potemkin-Film sein Amt als Reichstagsmitglied niedergelegt. Zur Begründung schreibt er:

Die Beschwerden gegen diesen Film kamen von Stellen, deren rein politische Rechtmäßigkeit vor aller Welt offen liegt. Diese haben die Gefährdung militärischer Disziplin in dem Film. Aber eine Embargo von Zensur nichtbilligen, die sich wegen mangelnder Kenntnis nicht zu treffen und wegen solcher Weigerung in Walle erschaffen werden — das heißt eine Verletzung von Disziplin legen, die vielleicht für die Wahrung eines Unrechtsmaßes nötig, für das Herr eines Volkstaates aber widersinnig ist.
Man braucht also durchaus keine kommunistischen Tendenzen zu haben, sondern nur auf dem Boden der demokratischen Republik zu stehen, um diesen Disziplinareinwand gegen das menschliche Recht dieses großen Mannes abzuweisen zu finden. Die „Sicherheit“ eines Volkstaates wird durch Verfall, den die Empörung gegen diesen Mißbrauch weckt, nur gefährdet.

Es darf freilich bei dem bloßen Austritt aus der Filmprüfstelle nicht sein Bewenden haben. Wichtiger noch ist der Kampf um endgültige Unmöglichkeit eines solchen Zensurhandels.

19. 7. 26